

12 Regionen statt 26 Kantone –
ein Rezept für die Zukunft der Schweiz? SEITE 15Die Post-Aufsicht
will Kurierplattformen unter die Lupe nehmen SEITE 16

Gemeinsam gegen Facebook und Co.

Die Wirtschaft will verhindern, dass ihr beim digitalen Schweizer Pass ausländische Konkurrenz zuvorkommt

Bei den digitalen Zahlungsmitteln ist die Schweiz wegen eines Konkurrenzkampfs ins Hintertreffen geraten. Beim digitalen Pass soll das nicht passieren. Doch die Politik hat ein Wörtchen mitzureden.

DANIEL GERNY

Einkaufen, Flüge reservieren, Mietwagen organisieren, Bankgeschäfte erledigen – das geht via Internet routiniert von zu Hause aus. Doch es ist mühsam: Dutzende von User-Namen und Passwörtern sammeln sich auf diese Weise an, die man im entscheidenden Moment verzweifelt sucht oder die «zur Sicherheit» in der Agenda notiert werden, natürlich für jedermann einsehbar. Und viele Alltagsgeschäfte können via Internet nicht abgewickelt werden: Für Arztrezepte benötigt man noch immer eine schriftliche Bescheinigung, und die Eingabe von Baugesuchen ist auch im Zeitalter der Digitalisierung der reinste Papierkrieg.

Schweden als Beispiel

Mit einer Art Online-Passepartout für die gesamte Schweizer Bevölkerung soll in Zukunft jedermann im Internet möglichst flächendeckend und sicher seine Identität beweisen können. In anderen europäischen Ländern ist die digitale Identität teilweise bereits weit verbreitet. Über 90 Prozent der Dänen ver-



Die SwissSign AG – im Bild VR-Präsident Peter Kummer – will noch 2017 einen digitalen Pass lancieren. LUKAS LEHMANN / KEYSTONE

loser Geschäftsverkehr. Dort können digital auch politische Rechte wahrgenommen und Verträge unterschrieben werden. Die Schweiz dagegen befindet sich im Rückstand.

Zum Standard wird die «electronic identity», abgekürzt: E-ID, hierzulande aber nur, wenn sie sicher, vertrauenswürdig und einfach handhabbar ist. Mehrere konkurrierende Anbieter dagegen schaden in einem derart sensiblen Bereich der Attraktivität, darüber herrscht weitgehend Einigkeit. Das zeigte sich beispielsweise im Bereich der digitalen Zahlungsmittel, wo Paymit und Twint einen für die Kunden verwirrenden Wettbewerb anzettelten, bis sich die Betreiber unter Druck der Konkurrenz von Apple zum Zusammenschluss durchringen mussten.

Ähnliches droht auch im Bereich der digitalen Identität. Auch dort gehören amerikanische Giganten wie Facebook,

Google oder Amazon zu den Taktgebern. Bemerkenswert ist dies, weil der Bundesrat bei der E-ID auf ein Wettbewerbsmodell setzt. Er hat im Februar einen Gesetzesvorschlag in die Vernehmlassung geschickt, mit dem die Rahmenbedingungen festgelegt werden sollen.

Bundesrat setzt auf den Markt

Dabei gilt das Prinzip: Private bieten die Systeme an, der Bund stellt die Zulassung zur Herausgabe von staatlich anerkannten elektronischen Identifizierungsmitteln aus, falls die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Die besten Systeme sollen sich am Markt durchsetzen. Die beiden bundesnahen Betriebe Post und SBB haben bereits eine Tochtergesellschaft mit dem Namen SwissSign AG gegründet, die schon in diesem Jahr eine solche digitale Identität, Swiss ID genannt, anbieten will. Die Zertifizierung durch den Bund wird angestrebt. Auch ein zweites Konsortium unter Beteiligung der UBS, der Credit Suisse und der Swisscom befindet sich am Start. Weitere Player, beispielsweise die im bargeldlosen Zahlungsverkehr tätige SIX Group, könnten folgen. Die Konfusion für die Kunden wäre total.

Doch ein Debakel wie mit Paymit und Twint will niemand wiederholen. Die grossen Player setzen deshalb alles daran, um sich auf eine gemeinsame Lösung zu einigen. Bereits bei der Präsentation ihres Modells starteten die Swiss-ID-Promotoren eine gezielte Offensive in Richtung Swisscom, CS und UBS. Der Branchenverband Swiss Fintech Innovations (SFTI) treibt die gemeinsame Lösungsfindung aktiv voran, wie SFTI-Vizepräsident Patrick Baumberger erklärt. An einer Veranstaltung haben sich diese Woche Vertreter von

UBS, SwissSign AG und Swisscom für eine Bündelung der Kräfte ausgesprochen. Es sei wichtig, «dass wir aus Paymit/Twint lernen und von Beginn an eine Lösung konzipieren, die breiteste Akzeptanz findet», so Andreas Kubli, Digital-Verantwortlicher der UBS, an der Veranstaltung. Weitere Unternehmen sollen einbezogen werden.

Politik muss entscheiden

Die Dynamik ist auch im politischen Kontext zu sehen: Ob der Gesetzesentwurf des Bundesrates politisch tragfähig ist, ist offen. Nur ein Teil der ICT-Branche selbst (information and communications technology) steht hinter dem Konzept der Landesregierung. Umstritten ist vor allem, dass der Bund die Herausgabe der digitalen Identität auslagern will. Ein solches Projekt sei zum Scheitern verurteilt – und vergrössere deshalb den Rückstand der Schweiz nur, argumentiert André Golliet, Präsident der Swiss Data Alliance. Auch für Jean-Marc Hensch, Geschäftsführer des ICT-Branchenverbands Swico, ist die Herausgabe der digitalen Identität eine hoheitliche Aufgabe: Es sei schliesslich auch nicht vorstellbar, dass man den Pass oder die Identitätskarte bei der Migros bestellen müsse, so veranschaulicht er seine Forderung. Der Dachverband ICT-Schweizland verzichtet wegen unterschiedlicher Auffassungen allerdings auf eine Stellungnahme zu dieser Frage.

Es ist aufgrund der Vernehmlassungsantworten kaum vorherzusagen, in welche Richtung sich die Debatte entwickeln wird, wenn sich selbst die IT-Branche uneinig ist. Die Politik tut sich schwer mit dieser abstrakten und technisch anspruchsvollen Thematik. Sicher ist nur: Je ausgereifter und je breiter abgestützt das Konzept ist, welches die Unternehmen für eine digitale Identität made in Switzerland entwickeln, desto grösser sind die Chancen auf dem politischen Parkett. Denn nur wenn der Gesetzesentwurf des Bundesrates mehrheitsfähig ist, kommen private Anbieter mit integralen Konzepten wie der Swiss ID zum Zug. Vorderhand gilt: Wie der elektronische Pass in der Schweiz aussieht und wer ihn vertreibt, ist offen. Das Seilziehen im Hintergrund aber ist in vollem Gang.

Letzte Chance für den digitalen Pass

Kommentar auf Seite 11

fügen beispielsweise über eine sogenannte NemID, über die nicht nur der gesamte Behördenverkehr vom Bewilligungsgesuch bis zur Umzugsmeldung abgewickelt wird. Auch für Bankgeschäfte ist die NemID populär, und sie trägt dazu bei, Online-Shopping sicherer zu machen. Die eigene Krankengeschichte ist mithilfe dieses digitalen Passes via Internet abrufbar. Estland gilt ebenfalls als Vorreiter in Sachen papier-

Schattenboxen um das Bankgeheimnis

Ständerat will keinen Gegenentwurf zur Volksinitiative über den Schutz der Privatsphäre

HANSUELI SCHÖCHLI

Die Lage ist verknorzt. Die Bankgeheimnis-Initiative soll laut den Initianten um den Zürcher Bankier und SVP-Nationalrat Thomas Matter nur die geltende Rechtslage in der Verfassung verankern. In der Hitze des Schweizer Gefechts um das Bankgeheimnis gegenüber dem Ausland wollten die Initianten vor einigen Jahren wenigstens ein Zeichen gegen mehr Steuertransparenz im Inland setzen. Doch die Initiative geht laut Juristen, Kantonen, Bundesrat und Banken deutlich über den Status quo hinaus, dürfte Steuerveranlagungen zum Teil behindern und würde die Erfüllung von Globalstandards der Geldwäschereibekämpfung erschweren.

Ein vom Nationalrat beschlossener Gegenentwurf auf Verfassungsebene merzt die grössten Mängel der Initiative aus und soll ironischerweise auch nur den Status quo in der Verfassung festschreiben. Der Gegenentwurf würde

dem Initiativkomitee, in dem nebst SVP-Politikern auch die Chefs von CVP und FDP sitzen, einen gesichtswahrenden Rückzug erlauben.

Geschlossene Türe

Doch diese Hintertür bleibt nun vermutlich geschlossen. Der Ständerat hat am Dienstag nicht nur die Initiative zur Ablehnung empfohlen, sondern mit 25 zu 19 Stimmen auch Nichteintreten auf den Gegenentwurf beschlossen. Sollte der Nationalrat auf dem Gegenentwurf beharren, könnte der Ständerat den Entwurf mit einem zweiten Entscheid für Nichteintreten definitiv versenken.

Befürworter des Gegenentwurfs wie Karin Keller-Sutter (St. Gallen, fdp.) und Hannes Germann (Schaffhausen, svp.) machten im Ständerat deutlich, dass sie einer drohenden Aufweichung des steuerlichen Bankgeheimnisses im Inland den Riegel schieben wollen. Oft zitiert wurde vor allem der (mittlerweile

sistierte) Vorschlag des Bundesrats von 2013, in Steuerstrafverfahren den Kantonen künftig nicht nur in Betrugsfällen, sondern auch bei Steuerhinterziehung Zugang zu Bankkundendaten zu geben.

Die vorgeschlagene Verfassungsnorm schiesse allerdings mit Kanonen auf Spatzen, wie Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden, fdp.) deutlich machte. Er erinnerte an das Naheliegende: Wer eine Gesetzesänderung ablehne, sollte logischerweise direkt die Gesetzesrevision im Parlament oder dann via Referendum bekämpfen, statt den Verfassungshammer herauszuholen. Wie Caroni auch noch andeutete, wäre das Volk für Jahrzehnte mit wöchentlichen Urnengängen zugedeckt, wenn man in jedem Politikbereich die geltende Rechtslage auch noch in der Verfassung festschreiben wollte.

Was also soll dieser Gegenentwurf nebst der Gesichtswahrung für die Initianten? Als «Vater» des Gegenentwurfs gilt der Obwaldner CVP-Stände-

rat Erich Ettl. Seine Botschaft: Die Volksinitiative sei da, und ohne Gegenentwurf werde sie nicht zurückgezogen.

Angesichts der breiten Ablehnung der Initiative durch Kantone, Bundesrat, Bankbranche, Wirtschaftsverbände und Linke dürften die Chancen für die Initiative an der Urne allerdings eher überschaubar sein. Doch Garantien gibt es keine. Wer mit dem Gegenentwurf den Rückzug der Initiative ermöglichen will, erkaufte sich die Eliminierung dieses «Restrisikos» laut mehreren Votanten mit neuen Risiken. So betonten Pirmin Bischof (Solothurn, cvp.), Ruedi Noser (Zürich, fdp.) und Finanzminister Ueli Maurer, dass der vorgeschlagene Verfassungstext künftige Reformen erschweren dürfte – etwa den von Wirtschaftskreisen geforderten Umbau der Verrechnungssteuer in eine Zahlstellensteuer. Ein solcher Umbau wäre im Prinzip auch bei einem Ja zur Bankgeheimnis-Initiative oder zum Gegenentwurf noch möglich. Nicht mehr mög-

lich wäre die von Wirtschaftsverbänden bevorzugte Reformvariante, die bei gewesisen Zinserträgen eine automatische Meldung der Banken an die Behörden vorsähe. Ob das Parlament eine solche Vorlage will, könnte es ohne die diskutierte Verfassungsänderung zu gegebener Zeit unter Abwägung von Privatsphärenschutz und Attraktivität des Firmenstandorts selbst entscheiden.

Das Fazit von Montesquieu

Ironischerweise kam am Dienstag im Ständerat von links ein zentraler Hinweis aus liberaler Sicht gegen die vorgeschlagene Verfassungsänderung. Roberto Zanetti (Solothurn, sp.) verwies auf das bekannte Zitat des französischen Staatstheoretikers Montesquieu: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.» Man wird Zanetti und seine Partei bei Gelegenheit gerne wieder an dieses Zitat erinnern.